

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © Peter Williams/WCC

Neue nachhaltige globale Entwicklungsziele werden derzeit formuliert, der Klimagipfel in Paris im Dezember kann einen Meilenstein bilden. Nach klaren Worten aus dem Weltkirchenrat spricht jetzt Papst Franziskus deutlich.

Umweltenzyklika „Laudato si“: Stärkung von Kirchen und der Sorge für das gemeinsame Haus

Die Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus bedeutet für das Engagement für Schöpfungsbewahrung, Gerechtigkeit, Frieden neue Unterstützung.

Das römische Rundschreiben wurde zum Geburtstagsfest der Kirche veröffentlicht, an Pfingsten 2015.

Die Gedanken und Ergebnisse des konziliaren Prozesses finden hier ihren Widerhall.

Franziskus spricht nun päpstlicherseits aus, was seit Jahrzehnten in der ökumenischen Bewegung auch zusammen mit katholischer Beteiligung vorangebracht wurde. Der Bischof von Rom verweist in seiner Enzyklika darauf, dass „auch außerhalb der katholischen Kirche andere Kirchen und christliche Gemeinschaften“, wertvolle Beiträge geleistet haben (Abschnitt 207). Er erwähnt namentlich den orthodoxen ökumenischen Patriarchen Bartholomäus, nicht jedoch die Kirchen der Reformation und nicht den Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK) mit seinen jahrzehntelangen Anstrengungen.

Der OeRK begrüßt die Enzyklika „Laudato si“. „Dies ist die Zeit, in der wir uns auf

unsere gemeinsame Verantwortung besinnen müssen, die wir als Menschen haben, und auf die Art und Weise, wie wir als Kirchen diejenigen unterstützen sollten, die bereit sind, die nötigen Veränderungen herbeizuführen“, sagte Olav Fykse Tveit, Generalsekretär des OeRK.

„Diese Enzyklika beweist allen, dass dies Themen sind, die in unserem christlichen Glauben im Mittelpunkt stehen, und dass wir Christen sie als Fragen der Gerechtigkeit und des Friedens als Kirchen gemeinsam mit allen Menschen, denen unsere gemeinsame Zukunft ein Anliegen ist, angehen sollten“, fügte er hinzu.

Der OeRK-Generalsekretär wiederholte die Aussage des Papstes über die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft (189-198) und zwischen Religionen und Wissenschaften (199-201), welcher für die wirksame Bekämpfung der Umweltkrise eine unabdingbare Voraussetzung darstelle.

Auch der Bezug auf die ökologische Schuld (51-52) und die starke Aussage, dass der „Zugang zu sicherem Trinkwasser ein grundlegendes, fundamentales und allgemeines Menschenrecht“ sei (30), wurden von Tveit hervorgehoben.

AUS DEM INHALT

Vereinte Nationen:
Neue nachhaltige Entwicklungsziele bis 2030

Islamische Klimadeklaration:
Ökologisches Potential

Abrüstung:
Religionsgruppen warnen vor Gefahr einer nuklearen Katastrophe

Dritte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung:
Kirchen und NGOs enttäuscht

Junge Juden, Christen und Muslime:
Gegenseitige Rechenschaft

Gemeinsame Arbeitsgruppe des OeRK und der römisch-katholischen Kirche:
50 Jahre ökumenischer Tätigkeit

OeRK und Amnesty International:
Engere Kooperation

Disinvestments von Kirchen:
Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung

Aus Netzen und Bewegungen

Rhein-Mosel-Saar:
„Was macht der Kapitalismus mit den Menschen?“

Westfalen:
Abrahamsfest 2015

Württemberg:
Einüben von aktiver Gewaltfreiheit

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen: Für „ökologische Umkehr“

Oekumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden:
„Für gerechten Frieden sorgen – kirchliche Beiträge zur Krisenprävention“

Versöhnungsbund:
Ehemaliger Kindersoldat berichtet aus dem Kongo

Guillermo Kerber, Leiter des OeRK-Programms „Bewahrung der Schöpfung und Klimagerechtigkeit“ begrüßte die klare Aussage, dass der Klimawandel von den Menschen herbeigeführt sei und auf die ärmsten und verletzlichsten Gemeinschaften die schwerwiegendsten Auswirkungen habe. „Die Enzyklika ist ein wichtiger Aufruf zu dringendem Handeln als Individuen, als BürgerInnen, sowie auf internationaler Ebene, um die Klimakrise wirksam anzugehen“, sagte Kerber.

Die Enzyklika stellt die „Erschöpfung der natürlichen Ressourcen“ fest und folgert „Wir wissen sehr wohl, dass es unmöglich ist, das gegenwärtige Konsumniveau der am meisten entwickelten Länder und der reichsten Gesellschaftsschichten aufrechtzuerhalten ... Es sind bereits gewisse Höchstgrenzen der Ausbeutung des Planeten überschritten worden, ohne dass wir das Problem der Armut gelöst haben.“ (27) Mehrfach wiederholt Franziskus, dass der Lebensstil der globalen Ober- und Mittelschichten unhaltbar ist und „nur in Katastrophen enden kann“. (161)

Der Papst aus Argentinien analysiert das Heraufziehen von historisch nie da gewesenen menschengemachten Bedrohungen der Schöpfung auf unserem Planeten. Die „besten Ergebnisse des heutigen Stands der wissenschaftlichen Forschung“ will der Papst daraus übernehmen. (15)

Wirtschaftssystem bedrängt die Armen

Die Ursachen der Bedrohungen sieht der Papst in der konsumistischen Lebensweise der globalen Mittel- und Oberschichten und dem zugrunde liegenden Wirtschaftssystem. Es bedrängt die Armen und verbaut sich selbst die Zukunft. Franziskus nimmt den Begriff „Kapitalismus“ nicht in den Mund, aber er kann sagen „Diese Wirtschaft tötet“ – schon in seiner vorausgehenden Schrift „Evangelii Gaudium“.

Dazuhin artikuliert er nun Ansätze zu einer neuen schöpfungsgerechten Spiritualität, die für Umkehr und Neubeginn förderlich wäre. Und er verweist darauf, dass weit-aus die Mehrheit aller Menschen sich zu einer der großen Religionen zählt.

Der Papst verlangt Orientierung am Gemeinwohl. Denn das „geht vom Respekt der menschlichen Person als solcher aus mit grundlegenden und unveräußerlichen Rechten im Hinblick auf ihre ganzheitliche Entwicklung“. Die gesamte Gesellschaft – und in ihr in besonderer Weise der Staat – hat die Pflicht, das Gemeinwohl zu verteidigen und zu fördern. (157)

Durchgängig werden die ökologischen mit den sozialen Problemen verknüpft. „Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind drei absolut miteinander verbundene Themen, die nicht getrennt und einzeln behandelt werden können, ohne erneut in Reduktionismus zu fallen.“(92)

Versagen der Politik

Die Enzyklika will ebenso wie die Missionserklärung des OeRK von den Ausgeschlossenen her denken. Die Ausgeschlossenen, das sind die 80 Prozent der Weltbevölkerung, die von weniger als 10 Dollar am Tag leben (vgl. Weltbank, 2008), mit den 800 Millionen, die von weniger als 1,25 Dollar existieren. „Ich möchte darauf hinweisen, dass man gewöhnlich keine klare Vorstellung von den Problemen hat, die besonders die Ausgeschlossenen heimsuchen. Sie sind der größte Teil des Planeten, Milliarden von Menschen.“ (49)

Die gegenwärtigen politischen Eliten sieht Franziskus sehr kritisch. Die Umwelt-Gipfeltreffen der letzten Jahre haben „keine wirklich bedeutungsvollen und wirksamen globalen Umweltvereinbarungen erreicht.“ (166) Verantwortlich dafür sind die „Positionen der Länder, die es vorziehen, ihre nationalen Interessen über das globale Gemeinwohl zu setzen. Diejenigen, welche unter den Folgen leiden werden, die wir zu überspielen suchen, werden an diesen Mangel an Gewissen und an Verantwortlichkeit erinnern.“ (169) Angemessen wäre folgerichtig eine Wiedergutmachung.

Der Papst vermisst wirksame internationale Leadership. (164) Für Lösungsansätze beim Klimaproblem wandert sein Blick zur „weltweiten Ökologiebewegung“, zu den Nichtregierungsorganisationen, Genossenschaften und Verbänden. Bereits zwei Mal beteiligte er sich an den vom Vatikan organisierten „Welttreffen der Volksbewegungen“ zuletzt im lateinamerikanischen Santa Cruz de la Sierra am 10. Juli 2015.

Eine andere Welt ist möglich

Die Enzyklika bietet kein komplettes Alternativkonzept. Aber sie stellt schon einige Eckpfeiler auf.

Eine Zielvorstellung lautet „ein auf Kreislauf ausgerichtetes Produktionsmodell anzunehmen, das Ressourcen für alle und für die kommenden Generationen gewährleistet und das voraussetzt, den Gebrauch der nicht erneuerbaren Reserven aufs Äußerste zu beschränken, den Konsum zu mäßigen, die Effizienz der Ressourcennutzung maximal zu steigern und auf Wiederverwertung und Recycling zu setzen.“ (22)

Welches Gewicht kann die Enzyklika gewinnen?

Welchen Widerhall wird die Enzyklika finden, beispielsweise im katholischen Polen mit einer kohlebasierten Energiegewinnung? Die Einsichten von Franziskus, die die Ergebnisse des jahrzehntelangen konziliaren Prozesses wiederholen, würden zu ihrer Verankerung in der katholischen Kirche die dafür geeigneten kirchenleitenden Personen benötigen. Es braucht aber offenkundig auch personell Neuanfänge.

Die Ideen des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbe-wahrung verdienen es weitergetragen und verbreitert zu werden. Das geschieht von unten, von Basisinitiativen und in demokratischen Strukturen. Die Bereitschaft zu weiterer ökumenischer Kooperation ist bitter nötig. Eine gespaltene Christenheit verspielt ihre Berufung. Das ökumenische Potential ist bislang nicht ausgeschöpft.

Islamische Klimadeklaration: Ökologisches Potential

Eine „Islamische Klimadeklaration“ wurde am 18. August 2015 am Ende des weltweit ersten internationalen islamischen Klimasymposiums in Istanbul veröffentlicht.

Die Erklärung, die von Vertretern unterschiedlicher Richtungen der islamischen Welt unterzeichnet wurde, ist als Grundlage für ein Engagement gegen den Klimawandel von Koranschulen und Moscheen auf der ganzen Welt gedacht.

Im Vorfeld des Klimagipfels der Vereinten Nationen in Paris und der Annahme der neuen nachhaltigen Entwicklungsziele im September ist es von Bedeutung, wenn Weltreligionen sich für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Welt aussprechen.

Vertreter des Islam wollen sich demnach einsetzen für Menschen in Armut, denn der „Klimawandel wird Menschen aller Glaubensrichtungen und die Armen der Welt deutlich beeinflussen. Im Gegensatz zu Politikern, die auf kurzfristige Wahlzyklen achten oder Unternehmen, die den nächsten Quartalsabschluss als Zielsetzung haben, haben Glaubensführer eine generationenweite Sicht und über die Jahrhunderte ... Es ist diese prophetische, langfristige Vision, die benötigt wird, um ein Problem anzugehen ... Wir hoffen, dass muslimische Führer eine noch größere Rolle dabei übernehmen, um wirksame Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere in den mehrheitlich muslimischen Nationen durchzusetzen.“

Mehr als 60 Persönlichkeiten aus 20 Ländern, aus Wissenschaft, Politik und religiösen Institutionen der islamischen Welt, fordern in der gemeinsamen Stellungnahme zum Klimawandel, dass die Regierungen beim Klimagipfel der Vereinten Nationen im Dezember in Paris ein weitreichendes Übereinkommen unterzeichnen.

Am Symposium nahm auch die Generalsekretärin der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, Christiana Figueres, teil. Sie meinte, dass „die Lehren des Islam, die die Pflichten der Menschen als Hüter der Erde hervorheben, einen Rahmen für wirksames Handeln gegen den Klimawandel bilden.“

In Deutschland sagte aus Anlass der Konferenz Aiman Mazyek, der Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland in der Tageszeitung taz: Im Koran gibt es für die Begriffe Umwelt und Schöpfung dasselbe Wort: Khalq. „Laut islamischer Lehre sollen

sich die Menschen die Erde nicht untertan machen, sondern den harmonischen Kreislauf bewahren“. Mazyek wies damit auf das Potential einer ökologisch verantwortlichen islamischen Theologie hin.

Im Internet <http://islamicclimatedeclaration.org/islamic-declaration-on-global-climate-change>.

Junge Juden, Christen und Muslime: Gegenseitige Rechenschaft

„Was können wir als gläubige Muslime, Juden und Christen tun, um mit den drängenden Problemen unserer Zeit wie Gewalt und Konflikt umzugehen und sie zu überwinden, und um gemeinsam auf Respekt und Zusammenarbeit gründende Gesellschaften aufzubauen, die zu gegenseitiger Rechenschaft bereit sind?“ Mit dieser Frage befassten sich im Oekumenischen Institut Bossey in der Schweiz vom 27. Juli bis zum 13. August 2015 junge Erwachsene bei einem Sommerkurs des OeRK. Das interreligiöse Treffen gab den etwa 30 Beteiligten auch aus Ländern des Nahen Osten Gelegenheit, Texte aus Koran, Bibel und Thora miteinander zu studieren. Auf dem Programm standen Begegnung mit der Spiritualität der Anderen, gemeinsames Nachdenken über heilige Schriften sowie thematische Vorlesungen und Workshops.

OeRK und Amnesty International: Engere Kooperation

Religionsfreiheit und die Beziehung zwischen Glaube und Menschenrechten und die Beseitigung der extremen Armut im Kontext der nachhaltigen Entwicklungsziele standen im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen Amnesty International und dem OeRK in Genf. Dazu besuchte der Leiter von Amnesty, Salil Shetty, am 24. August den OeRK. Der Generalsekretär des OeRK, Olav Fykse Tveit vereinbarte mit ihm, Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zu erkunden, um die Verbindung zwischen den Agenden für Gerechtigkeit und Frieden zu stärken. Der indischstämmige Shetty leitet seit 2010 Amnesty International. Zuvor war er Direktor der Millenniumskampagne der Vereinten Nationen.

Gemeinsame Arbeitsgruppe des OeRK und der römisch-katholischen Kirche: 50 Jahre ökumenische Tätigkeit

„Der Oekumenische Rat der Kirchen (OeRK) ist dankbar für die neue Dynamik in den gemeinsamen Anstrengungen, unserem geteilten Glauben an Gott den Schöpfer und unserem Engagement zu gemeinsamem Dienst Ausdruck zu verleihen“. Das sagte Generalsekretär Olav Fykse Tveit in einer Rede auf einem Treffen im Centro Pro Unione in Rom zum 50-jährigen Bestehen



Photo: © Peter Williams/WCC

Teilnehmende an der interreligiösen Sommeruniversität in Bossey bei Genf

einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des OeRK und der römisch-katholischen Kirche.

„Das Streben nach Einheit steht weiterhin im Mittelpunkt all unserer Bemühungen um gemeinsames Zeugnis und unserer Beiträge für mehr Gerechtigkeit und Frieden für die Menschen und die Schöpfung“, erklärte Tveit vor einer Gruppe römisch-katholischer Führungsverantwortlicher in der italienischen Hauptstadt.

„Wir sind dankbar, ja stolz auf die 50 Jahre dieser Arbeitsgruppe, die diese großen und wichtigen ökumenischen Instrumente in der Welt vereint, den Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen und den Oekumenischen Rat der Kirchen“, hielt er fest.

„Wenn wir auf die letzten 50 Jahre zurückblicken, sollten wir Mut schöpfen aus der Zusammenarbeit, die die Gemeinsame Arbeitsgruppe gefördert hat, nicht nur bei den ökumenischen Anliegen, sondern auch in den Bereichen interreligiöser Dialog, Frieden und soziale Gerechtigkeit, Werke der Barmherzigkeit und humanitäre Hilfe“, schrieb Papst Franziskus in seiner schriftlichen Botschaft an Tveit. Zu einer persönlichen Begegnung kam es nicht.

„Ich ermutige die Gemeinsame Arbeitsgruppe, ihre Gespräche über entscheidende ökumenische Anliegen fortzusetzen, und gleichzeitig Wege zu fördern, wie ChristInnen gemeinsam die reale, wenn auch imperfekte Gemeinschaft aller Getauften bezeugen können“, fügte Franziskus hinzu.

In seiner Botschaft begrüßte der OeRK-Generalsekretär auch die päpstliche Enzyklika „Laudato Si“.

Gemeinsam trage man „Sorge um die Erde als unserem gemeinsamen Haus, entsprechend der Aufforderung von Papst Franziskus in seiner Enzyklika, die bekräftigt, was wir in unseren jeweiligen Kirchen und über die Initiativen des OeRK seit zahlreichen Jahren tun.“

Die Gemeinsame Arbeitsgruppe ist Teil des ökumenischen Erbes der verbesserten Beziehungen unter den Kirchen als Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils. Seit 1965 arbeitet sie daran, die Tätigkeit des OeRK, seiner Mitgliedskirchen und verwandten ökumenischen Gremien und der katholischen Kommissionen und Räte, die auf der ganzen Welt am theologischen Diskurs und an gemeinsamen Initiativen beteiligt sind, miteinander zu koordinieren.

„Nicht annehmbar ist, dass wir so weitermachen wie bisher. Die Arbeit muss Aus-

druck unseres Glaubens sein und ein Zeugnis von der Liebe Gottes, die in Christus offenbart wird.“

In den letzten 50 Jahren wurde die römisch-katholische Kirche Vollmitglied der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, die vom OeRK koordiniert wird. Außerdem bestellte sie Mitarbeitende für die OeRK-Bereiche Evangelisation und theologische Ausbildung und entsandte Beobachterdelegationen zu den OeRK-Vollversammlungen und anderen wichtigen Konferenzen.

Abrüstung: Religionsgruppen warnen vor Gefahr einer nuklearen Katastrophe

Auf der Konferenz der Vertragsstaaten zur Revision des Atomwaffensperrvertrags im Mai in New York war einer Allianz aus 50 religiösen Gruppen (FBOs), Atomkraftgegnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) ein enges Zeitfenster gesetzt worden: Ihr standen ganze drei Minuten zur Verfügung, um die Welt vor den humanitären Folgen eines Atombombenangriffs zu warnen.

Die Präsentation fiel Emily Welty vom Weltkirchenrat (WCC) zu, die kein Blatt vor den Mund nahm: „Wir erheben unsere Stimmen im Namen der Vernunft und unserer gemeinsamen Werte als Menschheit. Wir lehnen das unmoralische Verhalten ab, die Völker dieser Welt als Geisel zu nehmen und sie mit einem grausamen und schrecklichen Tod zu bedrohen.“

Welty appellierte an die versammelten politischen Entscheidungsträger, „den nötigen Mut aufzubringen, um die sich immer schneller drehende Spirale des Misstrauens anzuhalten, die das Überleben der menschlichen Gesellschaft und die gemeinsame Zukunft der Menschheit gefährdet“, wie Thalif Deen von IPS berichtet.

EKD-Ratsvorsitzender: Atomwaffen abschaffen

„Es ist höchste Zeit, die Atomwaffen abzuschaffen“, so der bayerische Landesbischof und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Dr. Heinrich Bedford-Strohm, in Hiroshima, der Stadt, auf die am 6. August 1945 die erste Atombombe abgeworfen wurde.

Bedford-Strohm sprach im Rahmen einer fünftägigen internationalen Konferenz gegen Atomwaffen. Er nahm an einer vom Ökumenischen Rat der Kirchen (OeRK) organisierten Pilgerreise zum Gedenken des 70. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki teil.

In seiner Ansprache an VertreterInnen religiöser Organisationen, von Regierungen und der Zivilgesellschaft erklärte Bischof Bedford-Strohm: „Wir müssen uns so verhalten, dass wir Leben schützen, anstatt es zu gefährden. Wir dürfen die Atomenergie nicht auf eine Art und Weise nutzen, die Leben bedroht und zerstört, denn das würde bedeuten, dass wir uns an Gottes Schöpfung versündigen. Wir müssen uns weigern zu akzeptieren, dass die Massenvernichtung anderer Völker eine legitime Form des Selbstschutzes sein kann.“

Eine neue Initiative sei dringend nötig, so Bedford-Strohm, nachdem der Atomwaffensperrvertrag und die sich anschließenden Überprüfungskonferenzen die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hätten und die Nuklearmächte gegenwärtig mit Milliardenausgaben ihr Atomwaffenarsenal modernisierten.

Hoffnung gebe, dass es siebzig Jahre nach dem ersten Atombombenabwurf weltweit eine wachsende Mehrheit von Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gebe, die sich einer fortgesetzten Bedrohung durch Atomwaffen verweigert. Bereits 113 Staaten unterstützen die „Humanitäre Initiative“, angestoßen durch die österreichische Regierung. Ziel sei die rechtlich verbindliche Ächtung des Besitzes von Atomwaffen, sagte Bedford-Strohm. Dazu sei ein gemeinsames Vorgehen der Regierungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen notwendig.

Auch wenn ein gesetzliches Verbot diese Waffen noch nicht sofort verschwinden lasse, so sei es doch die notwendige Voraussetzung für ihre Abschaffung, betonte Bedford-Strohm.

Dritte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung: Kirchen und NGOs enttäuscht

Trotz der hohen Erwartungen endete die 3. Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD) in einem Spannungsfeld von Einschätzungen: Die Vereinten Nationen priesen die Ergebnisse als einen großen Erfolg. Die Addis Abeba Action Agenda (AAAA) sei ein Durchbruch für die Grundlegung einer nachhaltigen Entwicklungsagenda, die im September 2015 beschlossenen werden soll.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, bezeichnete das Abkommen als einen entscheidenden Schritt für eine dauerhaft gesicherte Entwicklungsfinanzierung.

Die Konferenz habe jedoch die Chance versäumt, die strukturellen Ungerechtigkeiten im internationalen Wirtschaftssystem anzupacken, bemängelte das Bündnis CSO,

zu dem sich mehrere Hundert internationale Organisationen zusammengeschlossen haben. Dem Aktionsplan mangle es an einfordern Ergebnissen.

Das Abschlussdokument vermittele nicht den Eindruck, dass es in erster Linie um die Überwindung der Armut gehe, erklärte Eva Hanfstängl von „Brot für die Welt“. „Stattdessen tritt die Förderung privatwirtschaftlicher Initiativen in den Mittelpunkt.“ Vorschläge für Regelungen zu Menschenrechten und Ökologie seien dabei aber aus der Einigung herausgefallen. Auch die Themen Umbau der globalen Finanzarchitektur, Finanztransaktionssteuer und Entschuldung seien im Dokument nicht mehr zu finden.

Die Entwicklungsländer hätten aber durchsetzen können, dass ein starkes Forum bei den Vereinten Nationen eingerichtet wird, das den weiteren Entwicklungsfinanzierungsprozess überprüft und noch ausstehende Themen aufgreifen soll. Wünschenswert ist die Schaffung einer zwischenstaatlichen Kommission in den Vereinten Nationen, die Vorschläge zur Gestaltung internationaler Steuerpolitik erarbeitet. Hier interveniert jedoch der Norden, allen voran Großbritannien.

Auch Misereor zeigte sich enttäuscht über die Ergebnisse der UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung. „Der vorliegende Aktionsplan ist ein Plan fast ohne konkrete Aktion“, kritisierte Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer von Misereor. „Der geringe politische Wille, der aus dem Dokument spricht, ist eine Hypothek zum einen für den erfolgreichen Abschluss der laufenden Verhandlungen über eine zukunftsweisende globale Nachhaltigkeitsagenda und zum anderen für die Klimakonferenz in Paris.“

In der Abschlusserklärung setze sich der globale Trend fort, private Investitionsflüsse und öffentlich-private Partnerschaften als ein neues Heilmittel für nachhaltige Entwicklungsprozesse zu betrachten.

„Statt wie in Addis Abeba weiter vor allem auf Freiwilligkeit in der Unternehmensverantwortung zu setzen, brauchen wir endlich verbindliche Standards für Unternehmen und öffentlich-private Partnerschaften. Dabei geht es darum, die Ächtung der Menschenrechte durch transnationale Unternehmen sicherzustellen. Für Deutschland ist es höchste Zeit, seinen Widerstand aufzugeben. Die Bundesregierung muss sich an den Diskussionen um ein rechtsverbindliches UN-Abkommen in Genf beteiligen, das die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen festschreibt“, so Spiegel weiter.

Keine UN-Kommission zur internationalen Steuerkoordination

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz plädierte für die Einrichtung eines politischen UN Gremiums für Steuerfragen: „Der Westen hat ein System geschaffen, das Steuervermeidung und -hinterziehung durch transnationale Konzerne zulässt. Denn die Konzerne haben

einen großen Einfluss auf die Finanzministerien wichtiger OECD Länder. Daher kann das System wirksam nur auf internationaler politischer Ebene der Vereinten Nationen reformiert werden.“

Jedoch wären die Verhandlungen fast gescheitert an der Forderung der G77, eine zwischenstaatliche Kommission für die globale Kooperation in Steuerfragen zu schaffen. Doch diese Kommission wurde letztlich durch den geschlossenen Widerstand der OECD-Länder und gegen den Willen der G77 und vieler Nichtregierungsorganisationen verhindert. „Es wurde zwar beschlossen, den UN-Expertenausschuss besser auszustatten, was längst überfällig war. Doch dieses Gremium hat keine vergleichbare politische Bedeutung. Ohne eine UN-Kommission unter Beteiligung aller Staaten werden die Entwicklungsländer auch weiterhin nur am Katzentisch politischer Entscheidungen in der OECD sitzen.“

Gleichzeitig stärkt die Abschlusserklärung den Umsetzungsprozess: Künftig werden die Staaten in einem Forum für Entwicklungsfinanzierung jährlich über die Fortschritte beraten. „Ein gestärktes Follow-up ist ein positives Signal für die zukünftige Arbeit und auch um die globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen. Dies lässt immerhin Raum für weitere politische Entscheidungen über Systemreformen der globalen Finanzarchitektur“ so Spiegel.

Martin Hojsik von „ActionAid“ sprach von einem Rückschlag im Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit. Die Konferenz sei nicht dazu genutzt worden, um eine globale Steueraufsichtsbehörde zu beschließen. Den Entwicklungsländern, die jährlich Milliarden US-Dollar durch Steuerbetrug verlor, sei somit eine echte Mitsprache, wie sich ungerechte globale Steuerbestimmungen korrigieren ließen, versagt worden. Der Kampf für ein faires globales Steuersystem dürfe nicht verloren werden.

Auch „Oxfam“ kritisierte, dass das ungelöste Problem der Steuerhinterziehung und -vermeidung und die Privatisierung der Entwicklung die größten Schwachpunkte der FfD3-Erklärung darstellten. Gleichwohl hätten die angespannten Verhandlungen gezeigt, dass die Entwicklungsländer sich nicht mehr allzu lange hinhalten lassen würden.

Vereinte Nationen: Neue nachhaltige Entwicklungsziele bis 2030

Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen werden derzeit abgelöst durch erweiterte und integrativere Nachhaltigkeitsziele bis 2030, an deren Formulierung diesmal nicht nur Vertreter der Staatenwelt, sondern auch der Zivilgesellschaft beteiligt werden. Unter letzteren befindet sich allerdings auch die Privatwirtschaft, mit allen Interessen und Möglichkeiten der profitorientierten transnationalen Konzerne.



Photo: © Peter Williams/WCC

„Eine andere Welt ist möglich“ – Oekumenische Initiativen und Zivilgesellschaft machen Mut – wie hier in Kopenhagen.

Der UN-Generalsekretär und Regierungsvertreter sprechen von einer „transformativen Agenda“. Der „Norden“ zeigt sich konservativ und der Austerität verpflichtet. Der „Süden“ hat sich durch das Heranwachsen der Schwellenländer stark entsolidarisiert, schreibt Gabriele Köhler von UNRISD aus Genf im Informationsbrief „W&E“ vom 22. Juni 2015.

Sie weist in ihrem Beitrag darauf hin, dass die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs: „Sustainable Development Goals“) auf der einen Seite konzeptionell und politisch ein erheblicher Fortschritt sind gegenüber den bisherigen Millenniumszielen aus dem Jahr 2000, weil es ihnen gelingt, endlich Umwelt, Sozialpolitik, Menschenrechte, Frieden und die Makroökonomie als miteinander verwoben zu begreifen und anzugehen. Die neuen Nachhaltigen Entwicklungsziele umreißen 17 Zielbereiche zu ökonomischen, sozialen, friedenspolitischen und ökologischen Anliegen und 169 Unterziele.

Darunter finden sich neue normative Ziele, so die Überwindung der Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern, die Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen, und eine Verpflichtung zu friedlicher Konfliktlösung, guter Regierungsführung und dem allgemeinen Zugang zur Rechtsprechung. In der Präambel werden die Menschenrechte und die Menschenrechtserklärung hervorgehoben.

Auch das Armutsziel erscheint auf den ersten Blick ein Fortschritt gegenüber den bisherigen MDGs. Absolute Armut soll beseitigt – nicht lediglich halbiert – werden. Bei näherem Hinsehen stellt man jedoch fest, dass absolute Armut immer noch als 1,25 Dollar pro Person pro Tag definiert wird und dass sich die internationale Staatengemeinschaft bis 2030 Zeit lassen möchte, dieses erbärmlich niedrig gesetzte Ziel zu erreichen. Angesichts des ungeheuren Reichtums – Kapital, Einkommen, Vermögen, Technologie – und des immer weiteren Auseinanderklaffens von „Reich“ und „Arm“ ist das nicht nachvollziehbar.

Gegensätze

Die ökonomischen und umweltpolitischen Zielvorgaben im SDG-Zielekatalog widersprechen sich, so analysiert Gabriele Köhler. Der Entwurf bleibt dem tradierten Wach-

tumsmodell verhaftet. Demnach sei menschenwürdige Arbeit nur über Wachstum des Bruttosozialprodukts zu erreichen. Das steht jedoch im Gegensatz zum Nachhaltigkeitsziel, das sowohl einen verminderten Ressourcenverbrauch als auch eine Verschiebung von materieller Produktion auf Dienstleistungen verlangt.

Dabei wurde diese Nachhaltigkeitsagenda erstmalig unter tatsächlicher Einbeziehung der Zivilgesellschaft ausformuliert. Beteiligt waren Vertreter von „Neun Hauptgruppen“, darunter Frauen, Kinder und Jugend, Gewerkschaften, Landwirte, Indigene Völker, Städte und Kommunen sowie Wissenschaftler. Zu den acht Gruppen, die die echte Zivilgesellschaft darstellen, wurde als neunte Gruppe die Privatwirtschaft dazugeladen. Die UN hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr mit den transnationalen Unternehmen und ihrer kapitalistischen Globalisierungsagenda arrangiert. Die Verhandlungsmacht und die „soft power“ der Großunternehmen und der großen Privatstiftungen sind vor allem im Implementierungsvorschlag der SDGs und in der Finanzierungsagenda mit Händen zu greifen. Das bedeutet auch, dass öffentliche Güter immer mehr privatisiert werden sollen.

Interessenkonflikte verlaufen nicht einfach nur zwischen dem „globalen Norden“ und dem „globalen Süden“. Vielmehr verläuft die Konfliktlinie zwischen den Eliten in Nord und Süd einerseits, die im Großen und Ganzen vom kapitalistischen Status quo profitieren, und andererseits den Angehörigen der prekären Mittelklassen und entrechteten untersten Einkommensgruppen in allen Ländern. Dazu kommen die Menschen, deren Stimme am wenigsten hörbar ist.

So kämpft die „Hauptgruppe der indigenen Völker“ (IPMG) darum, dass die Ureinwohner bei der Post-2015-Nachhaltigkeitsagenda und den Nachhaltigkeitszielen (SDGs) als spezifische Gruppe berücksichtigt werden. Bislang sind auf Indigene zugeschnittene Maßnahmen der Armutsbekämpfung ausgeblieben. In mehr als 70 Ländern leben den Schätzungen zufolge 370 Millionen Indigene. Ureinwohnerfamilien leben oft in abgelegenen Gebieten, in denen die Regierungen nicht in grundlegende soziale Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, hochwertige Bildung, Rechtswesen

und Partizipation investieren. Indigene haben häufig keine Geburtsurkunden und erhalten deshalb auch keine Ausweispapiere. Oftmals sind Ureinwohnergemeinden den Naturkatastrophen schutzlos ausgesetzt, weil sie in von der Außenwelt isolierten Gebieten leben. Sie bekommen die Auswirkungen des Klimawandels häufig als erste zu spüren, etwa bei der Entwaldung des Amazonasgebiets.

Die SDGs hätten nicht wenige konkrete Folgen für Deutschland, schließt Gabriele Köhler. Hier müsste eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben und die Lohnquote müsste endlich wieder erhöht werden. In den sozialen Dienstleistungen müssten leistungsgerechte Gehälter eingeführt, die Jugendarbeitslosigkeit von 8 Prozent in den neuen Bundesländern angegangen, ebenso die Kinderarmut von 19 Prozent (UNICEF) und die allgemeine (relative) Armut von 15 Prozent (Paritätischer Wohlfahrtsverband). Die zunehmende Altersarmut ist nicht hinzunehmen. Die Rechte und die Lebensbedingungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen und ihren Kindern sind zu verbessern. Für die nötige Transformation bleibe so in Deutschland noch viel zu tun.

Disinvestments von Kirchen: Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung

Im Juni 2015 hat der Lutherische Weltbund beschlossen, nicht länger in fossile Energieträger zu investieren, um damit ein deutliches Zeichen für die Klimagerechtigkeit zu setzen. Die Entscheidung sei Teil des Bemühens bis zum Jahr 2050 zu einer vollständig kohlenstoffneutralen Politik zu kommen. „Einige unserer Mitgliedskirchen und auch der OeRK sind uns auf diesem Weg bereits voraus“, so LWB-Generalsekretär Junge, „wir schließen uns jetzt einer weltweiten Bewegung an, die auch vom United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) unterstützt wird.“

Auch die United Church of Canada hat im August 2015 Schritte in die gleiche Richtung beschlossen, Anteile im Wert von 8,7 Millionen Kanadischen Dollar an Firmen der fossilen Treibstoffindustrie zu verkaufen und statt dessen in erneuerbare Energien zu investieren; dabei handelt es sich um etwa 5 Prozent der Rücklagen der Kirche.

Schon im Juli 2015 hat die Methodistische Kirche in Großbritannien mit überwältigender Mehrheit entschieden, sich bis 2017 aus den Beteiligungen an Kohle und Ölsand-Industrien zurück zu ziehen.

Kurz zuvor hatte die Kirche von England Anteile im Wert von 12 Mio. £ aus Kohle und Ölsand-Beteiligungen zurück gezogen. Auf der internationalen Disinvestment-Konferenz im September in Paris stellte der OeRK einen Hauptredner.

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von OeRK, IPS, LWI, RWF, CEC, RNA und KIPA ausgewertet.

Aus oekumenischen NETZEN

► Rhein-Mosel-Saar

„Was macht der Kapitalismus mit den Menschen?“

Das Oekumenische Netz Rhein-Mosel-Saar befasst sich mit (sozial-)psychologischen Fragestellungen. Es will klären, wie die postmodernen Krisenprozesse auf sozialpsychischer Ebene verarbeitet werden. Was bedeutet dies für den Umgang von Menschen mit den aktuellen Krisenprozessen? Zu welchen Veränderungen ist es angesichts der Krisen auf der Ebene des Sozialcharakters gekommen?

Hilfreich für die Befassung mit diesen Fragekreisen ist die Anknüpfung an die Freud'sche Psychoanalyse. Elisabeth Böttcher wird Phänomene wie die Zunahme von (männlicher) Gewalt, Sucht, Amok, Depression, aber auch postmoderne Haltungen und Verhaltensweisen wie Unverbindlichkeit und Inszenierung (Design statt Inhalt), Unmittelbarkeit und Theoriefeindlichkeit, Selbstoptimierung als Zwangsarbeit an sich selbst usw. in einen Zusammenhang mit dem Begriff des „narzisstischen Sozialcharakters“ bringen. Der „narzisstische Sozialcharakter“ bezeichnet die Veränderungen, die sich auf (sozial-)psychischer Seite unter dem Eindruck der postmodernen Krisenepoche herauskristallisiert haben. Es soll dabei auch nicht unter den Tisch fallen, dass trotz aller Tendenz zu einem „bunten Geschlechtertreiben“ die mit dem Kapitalismus zutiefst verbundene zweigeschlechtliche Matrix aufrechterhalten bleibt. Dies bedeutet, dass auch die geschlechterdifferenzierten Ausformungen dieses postmodernen Sozialcharakters zumindest angedeutet werden sollen.

Das Thema wird bearbeitet bei der Netzversammlung, die am **28.11.** in der Superintendentur Kirchenkreis Koblenz (Mainzer Str. 81) stattfindet. Mitveranstalter dieser Netzversammlung ist die Kath. Hochschulgemeinde Koblenz. Der Tag beginnt um 9.30 Uhr mit den inhaltlichen Diskussionen, nach einem Mittagessen um 13 Uhr folgt von 14 bis 16 Uhr die jährliche Mitgliederversammlung mit Berichten aller teilnehmenden Netz-Mitgliedsgruppen 2014/15, dem Finanzbericht des Netzes für 2014 und einer Vorschau auf 2016. Um Anmeldung wegen Organisation des Essens wird bis zum **24.11.2015** gebeten.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos (wieder erreichbar ab 24.11.2015),
Löhrrstr. 51, 56068 Koblenz, Tel.: 02 61/29 68 16 91
oder 02 61/89 92 62 84, info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de



Perspektivenwechsel!?

Die sich zuspitzenden globalen Krisen – wie nicht zuletzt im Schicksal von Flüchtlingen deutlich wird – müssten die Kirchen aus dem Krisen um sich selbst, um ihre Strukturen und ihre Selbstbehauptung auf den religiösen Märkten herausreißen. Dafür treten Gruppen wie die Fachkonferenzen Sozialpastoral und Theologische Orientierung im Dekanat Koblenz, das Oekumenische Netz Rhein-Mosel-Saar und der Pax Christi Diözesanverband Trier und Steg e.V. ein. Ihre gesellschafts- und kirchenkritischen Überlegungen haben sie in der Broschüre „Perspektivenwechsel!?“ Eine Herausforderung für die Kirche angesichts sich verschärfender gesellschaftlicher Krisen“ veröffentlicht.

„Perspektivenwechsel!“ plädiert für eine gesellschaftskritische Kirche, die sich an der Seite der Armen mit der Krise des Kapitalismus auseinandersetzt, der mit seinen Zerstörungspotentialen für die Armen schon zur Katastrophe geworden ist und den Globus weiter in Katastrophe treibt.

Die Kirche müsse Abstand nehmen von einem betriebswirtschaftlichen Denken und von der „Produktion“ von religiös-spirituellen Angeboten, die sich der Nachfrage von „KundInnen“ anpasst. Dagegen steht das Votum für eine Seelsorge, die das Leben von Menschen im Zusammenhang der gegenwärtigen Krise zu verstehen sucht und angesichts dieser Situation die kritisch-befreiende Kraft des Evangeliums zur Geltung bringt.

Kontakt und Bestellung:

Dominic Kloos, Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Tel.: 02 61/89 92 62 84, info@oekumenisches-netz.de

► Westfalen

Abrahamsfest 2015

Die interreligiöse Zusammenarbeit wird in Marl durch ein regelmäßiges Abrahamsfest gefestigt. Das diesjährige 15. Abrahamsfest

Marl beginnt am Sonntag, **20.09.2015** um 17 Uhr in der Kreis-Synagoge in Recklinghausen. Es folgen bis zum Gastmahl im Rathaus Marl am Dienstag 15. Dezember 2015, 18 Uhr zahlreiche Veranstaltungen, Aktionen und Workshops mit Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und allen Generationen. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden sind Heranwachsende. Das Gesamthema für 2015: „Medien in digitalen Zeiten – Wissen und Gewissen“.

Neugierig macht die Kooperation mit drei „abrahamitischen“ Künstlern aus Amsterdam: In einer (erstmaligen!) Kooperation mit dem Skulpturenmuseum Glaskasten Marl ist vom 24. September bis 5. November 2015 im Rathaus-Foyer eine Video-Kunst-Ausstellung zu erleben zum Thema: „Bilder-Welten, Lebens-Räume – aktuell und interkulturell in Sicht auf das gemeinsame Kulturerbe Abraham“.

Auf diese Ausstellung antworten mit eigenen kreativen Beiträgen auch Jugendliche aus weiterführenden Schulen und Jugendzentren.

Um das epochale Drama „Flucht“ werden unter dem Thema „Perspektivenwechsel mit Medien – Neue Sichtweisen zu Flüchtlingen und Flucht“ am 25. November 2015, 19-21 Uhr im Grimme Institut Flüchtlinge, Helfer und Medien-Profis diskutieren.

Veranstalter ist die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft (CIAG Marl) in Kooperation mit den örtlichen Kirchen und Moscheen, der Jüdischen Kultusgemeinde Kreis Recklinghausen, dem Integrationsrat Marl und der Stadt Marl. Dazu kommen noch circa 50 lokale, regionale und bundesweite Kooperationspartner.

Kontakt: Hartmut Dreier, Schumannstr. 6, 45772 Marl
Tel.: 0 23 65/4 20 76, www.abrahamsfest-marl.de

► Württemberg

Einüben von aktiver Gewaltfreiheit

Das OeNW ruft, wie in den Jahren zuvor, mit zur Tagung des Lebenshauses Schwäbische Alb „We shall overcome“ am **17.10.2015** in Gammertingen auf. Wieder werden drei biografische Zugänge zur Aktiven Gewaltfreiheit vorgestellt (Ute Finckh-Krämer, Jochen Stay, Heinz Rothen-spieler). Abschließend findet ein Konzert mit Thomas Felder mit dem Titel „von wegen“ statt. Um Anmeldung bis **07.10.2015** direkt beim Lebenshaus wird gebeten.

Das Oekumenische Netz Württemberg hat in Kooperation mit DiMoe, ZEB, Plädoyer und anderen den Abend des Erinnerns an den verstorbenen ehemaligen Generalsekretär des Oekumenischen Rats der Kirchen, Philip A. Potter, mit dem Motto „God needs all kind of people“ mit-veranstaltet. Gemeinsam mit seiner Ehefrau Bärbel Wartenberg-Potter haben wir im

Hospitalhof in Stuttgart am 13.05.2015 insbesondere auch der Lebensstationen Philip Potters in Württemberg gedacht.

Mitglieder des OeNW waren während des Kirchentags vom 04. bis 06.06.2015 an verschiedenen Veranstaltungen im „Zentrum Frieden“ an der Friedenskirche in Stuttgart beteiligt. Dort haben wir u. a. eine von uns zusammengestellte Ausstellung zu den „Kulturellen Aspekten der OeV 2014 Mainz“ gezeigt. Am Samstag haben wir uns selbstverständlich der Menschenkette für den Frieden durch die Stuttgarter Innenstadt angeschlossen.

CHRISTOF GROSSE

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Postfach 1145
72497 Gammertingen, Fax: 07574/91110
info@lebenshaus-alb.de

Jour Fixe für einen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens

Welche Chancen liegen im internationalen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens für die württembergische Landeskirche? Im Dezember 2013 beschloss der Oekumenische Rat der Kirchen auf seiner Vollversammlung in Busan/Korea einen Pilgerweg auszurufen. Nun besteht Gelegenheit zum offenen Austausch und zu Planungen für weitere Schritte in Württemberg bei einem offenen Treffen am Montag, **28.9.2015**, 17.30–19.30 Uhr im Hospitalhof Stuttgart Büchsenstr. 33. Den einleitenden Impuls übernimmt Anne Heitmann aus Karlsruhe, einen Bericht zum Klimapilgern Paris 2015 liefert Hans-Joachim Zobel. Anschließend ist Zeit zum Austausch. Eingeladen wird von Pro Oekumene, dem Dienst für Mission, Oekumene und Entwicklung, dem Friedenspfarramt, dem Umweltbüro und weiteren ökumenischen Partnern.

HEIKE BOSIEN

Anmeldung wird erbeten bei Frau Birgit Kapfer
DiMOE.stuttgart@elk-wue.de
Tel.: 0711/229 36 3270
Kontakt: Oekumenisches Netz in Württemberg
c/o Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
74348 Lauffen a.N.

► Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen

Für „ökologische Umkehr“

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) unterstützt den Aufruf zu einer „ökologischen Umkehr“ der Umwelt-Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus. „Papst Franziskus zeigt mit seiner Enzyklika eindrucklich Wege und Möglichkeiten auf, wie wir angesichts der ökologischen Katastrophen jetzt gemeinsam als menschliche Gemeinschaft handeln müssen, um unserer Verantwortung für die Schöpfung gerecht zu werden“, sagte der katholische Bischof Karl-Heinz Wiesenmann (Spey-

er), Vorsitzender der ACK. Dankbar sei er dafür, dass der Papst dies als eine ökumenische Verantwortung verstehe und in seiner Enzyklika auch Theologen und Kirchenführer anderer Konfessionen wie den ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. zitiere. Die Enzyklika zeige viele Parallelen zu dem vom Oekumenischen Rat der Kirchen ausgerufenen „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ auf. „Das verdeutlicht, dass wir uns als Kirchen gemeinsam auf dem Weg sehen und auch nur gemeinsam unserer Aufgabe der Bewahrung der Schöpfung gerecht werden können“, so Bischof Wiesenmann. „Wir rufen unsere Mitgliedskirchen auf, sich nach ihren Möglichkeiten an den Aktionen zu beteiligen, die den Verantwortlichen des Klimagipfels die Notwendigkeit aufzeigen, dass jetzt konkrete Schritte zur Reduktion des Verbrauchs fossiler Energien umgesetzt werden müssen“, sagte der Bischof. Er hofft, dass der Vorschlag von Papst Franziskus eine politische Weltautorität für die Belange des Gemeinwohls zu bilden, endlich umgesetzt wird.

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Ludolfstr. 2-4
60487 Frankfurt am Main, Tel.: 069/24702713
marc.witzenbacher@ack-oec.de

► Oekumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden

„Für gerechten Frieden sorgen – kirchliche Beiträge zur Krisenprävention“

Krisenprävention ist zum Schlüsselbegriff für alle geworden, die Eskalation von Konflikten in Gewalt verhindern wollen. Wie muss Krisenprävention weiterentwickelt werden, damit sie für dieses Ziel ein relevantes politisches Instrument wird? Was können insbesondere Kirchen, die Partnerschaften und die Missionswerke dazu beitragen? Die Jahrestagung der „Oekumenischen Konsultation Gerechtigkeit, Frieden“ (OeKGF) am **11.–12. Dezember 2015** soll helfen, dafür ein Bewusstsein zu schaffen und die Bereitschaft zur aktiven Beteiligung fördern.

Aufgegriffen und bearbeitet werden sollen auf der Konsultation die gegenwärtigen Herausforderungen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung unter dem Leitbild des gerechten Friedens in der Kontinuität des Konziliären Prozesses. Im Zentrum steht gegenwärtig der vom OeRK auf seiner X. Vollversammlung 2013 in Busan/Republik Korea ausgerufene „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“, der verschiedene theologische, ethische, ekklesiologische, spirituelle und handlungsorientierte Aspekte verbinden soll. Die OeKGF will dazu beitragen, das Leitbild des gerechten Friedens in das Zentrum des Lebens und des ökumenischen Zeugnisses der

Kirchen in Deutschland zu rücken. Gerechter Friede ist dabei auf Vorschlag der Internationalen Oekumenischen Friedenskonvokation in Kingston (2011) in vier Dimensionen anzustreben: Frieden in der Gemeinschaft, Frieden mit der Erde, Frieden in der Wirtschaft und Frieden zwischen den Völkern.

Die OeKGF ist 2012 aus zwei aufgelösten Netzwerken für Friedensarbeit neu entstanden: der Friedenskonsultation landeskirchlicher Friedensausschüsse und christlicher Friedensdienste (1980–2012) und dem Offenen Forum „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ (2000–2011).

Ort: Jugendbildungsstätte der Ev. Kirche Kurhessen-Waldeck in 36251 Bad Hersfeld, Alter Kirchweg 37
Tel.: 06621/799533, Fax: -799535
bildungsstaette.badhersfeld@ekkw.de
Beginn: Freitag 14.30 Uhr, Ende: Samstag 15.30 Uhr
Kontakt: Ulrich Frey, Kreuzweidenstr. 57b
53604 Bad Honnef, Tel.: 02224/4671
ulrich.frey@web.de.

► Oekumenisches Netz in Deutschland

Erfahrungsaustausch

Im Anschluss an die Tagung der OeKGF am **12.12.2015** findet die Jahrestagung des OeNiD ab 15.30 Uhr in der Jugendbildungsstätte in Bad Hersfeld statt. Außer der Behandlung der Formalia berichten die mitwirkenden Organisationen von ihren Engagements, tauschen Erfahrungen und Einladungen aus und planen ggf. gemeinsame Initiativen.

Angeboten wird auch eine Besichtigung der Geschäftsstelle des OeNiD (Werkstatt Gerechtigkeit, Frieden, Umwelt) in der Fußgängerzone in Bad Hersfeld, Klausstr. 31. Open end mit Übernachtungsmöglichkeiten (auch kostenlosen).

Kontakt: Michael Held, Simon-Naune-Str. 15
36251 Bad Hersfeld, Tel.: 06621/620186
A-P-S@gmx.de

► Forum Friedensethik der Badischen Landeskirche

Karlsruher Aufruf 2015 an die EKD: Gewaltfrei für den Frieden

„Der Krieg als Institution muss in einer fortlaufenden Anstrengung abgeschafft werden.“ (Carl Friedrich von Weizsäcker, 1963)

Wir bitten den Rat und die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) um die Weiterentwicklung ihrer friedensethischen Position im Sinne der

aktuellen landeskirchlichen und ökumenischen Diskussionen.

Die EKD braucht ein klares friedensethisches Leitbild zur Überwindung des Krieges. Die Bereithaltung, Androhung und Anwendung militärischer Gewalt wird nicht mehr kirchlich mitgetragen, auch nicht als äußerstes Mittel (ultima ratio), wie es in der EKD-Friedensdenkschrift 2007 vertreten wird. Dies entspricht der Nachfolge des auf Gewalt verzichtenden Jesus Christus.

Die EKD möge sich in Gesellschaft und Politik für einen friedenspolitischen Wandel engagieren, weg von der gegenwärtigen, auf militärischer Stärke und Einsatzbereitschaft basierenden Sicherheitslogik hin zu einer friedenslogischen Politik, die auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung setzt. Wie die EKD-Ostdenkschrift von 1965 ein wichtiger Impuls für die dann einsetzende Ost-West-Entspannungspolitik war, könnte eine friedenslogische EKD-Denkschrift eine Neuorientierung in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik anregen und fördern.

Erläuterung

▷ Wir bitten die EKD, die in Baden und in anderen Landeskirchen derzeit laufenden friedens-ethischen Diskussionsprozesse sowie den Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens des ökumenischen Rats der Kirchen (OeRK) zum Anlass zu nehmen für eine Weiterentwicklung der bisherigen EKD-Friedensdenkschrift von 2007. Die dortige Feststellung, „Noch kann nicht davon die Rede sein, dass sich die politische Gesamtausrichtung von der Perspektive der zivilen Konfliktbearbeitung leiten lässt“ (Ziff. 179), ist leider weiterhin zutreffend. Deshalb gilt es, die ebenfalls in dieser Denkschrift enthaltene Erkenntnis, „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten“ (Ziff. 194), weiter zu konkretisieren: Wir halten einen Wandel von der militärischen Sicherheitslogik zu einer friedenslogischen Politik für dringend geboten. Sicherheit kann man nicht gegeneinander erreichen, sondern nur miteinander.

▷ Gegenwärtig ist eine zunehmende Militarisierung der internationalen Beziehungen zu beobachten. Die angeblich friedensschaffende Wirkung der zurückliegenden Militäreinsätze hat sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, es bestätigt sich die alte Erkenntnis, dass Kriege neue Kriege erzeugen. Die erste Oekumenische Versammlung nach dem zweiten Weltkrieg erklärte schon 1948 in Amsterdam: „Krieg ist Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen“.

▷ Die Propheten des Alten Testaments (z.B. Jesaja 2,1-5; 32,9-20) verstanden Frieden als die Frucht der Gerechtigkeit – wenn Menschen fair zusammen leben, wenn Konflikte durch Rechtsprechung geregelt werden und jeder Mensch sein Auskommen hat. Anstelle der enormen Militärausgaben

fordern wir den verstärkten Ausbau weltweiter fairer Wirtschaftsbeziehungen, ziviler Friedensarbeit und Konfliktbearbeitung.

▷ Für den Weg der Gewaltfreiheit ermutigt uns Jesus Christus: Er preist die Sanftmütigen und die Friedenstifter selig und ruft zu Gewaltverzicht und Feindesliebe auf (Matthäus 5). Die Friedensforschung belegt ein solches Verhalten als vernünftig: Gewaltfreies Konfliktverhalten führt schneller zum Erfolg, fordert weitaus weniger Opfer und ist wesentlich nachhaltiger als militärisches Vorgehen.

Vorschläge für politisches Handeln finden sich in dem badischen Synodalbeschluss „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79) – Ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden“ vom 24. Oktober 2013 unter „Konkretionen“ S. 10-13; www.ekiba.de/friedensethik.

Kontakt: Arbeitsstelle Frieden, Blumenstr. 1-7

76133 Karlsruhe, frieden.ekjb@ekiba.de

► Reformationsjubiläum 2017 Gemeinsames Christusfest

In der Residenz von Kardinal Marx in München wurde im Juni das ökumenische Programm für das Reformationsjubiläum 2017 vorgestellt.

Verabredet haben die beiden Kirchen darüber hinaus eine ökumenische Pilgerfahrt nach Israel vom **16. bis 22. Oktober 2016** sowie für den Herbst 2016 eine gemeinsame Tagung zu der bis dahin abgeschlossenen Bibel-Revision. Das Fest der Kreuzerhöhung, das 2017 am 14. September gefeiert wird, soll ebenfalls ökumenisch gefeiert werden. Nicht nur die katholische und die evangelische Kirche, auch Orthodoxe und Anglikaner seien hierzu eingeladen, erklärten die Bischöfe. Darüber hinaus soll im Herbst 2017 eine Tagung von EKD, Bischofskonferenz, Zentralkomitee der deutschen Katholiken und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag über die Zukunft von Christen in einer zunehmend säkularen Gesellschaft stattfinden.

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft

Neuorientierung

Das PLÄDOYER befindet sich derzeit in einer Phase der Neuorientierung. Der Konsultationsprozess zur zukünftigen Rolle des PLÄDOYERs in der Oekumene hat bereits begonnen. Am 20. Juni tagte nach intensiven Vorbereitungen im Zentrum Oekumene in Frankfurt ein neu konstituierter Lenkungsausschuss (12 Personen). Seine

Aufgabe besteht in der Analyse der veränderten gesellschaftlichen und ökumenischen Verhältnisse, in der Kontaktaufnahme zu ökumenischen Gruppen ähnlicher Ausrichtung, dem Ausloten möglicher Zusammenarbeit bzw. Arbeitsteilung mit diesen Gruppen, Inanspruchnahme von Beratung, z.T. mittels Interviews, durch engagierte Ökumenikerinnen und Ökumeniker und einer Festlegung der Themen, die das PLÄDOYER in Zukunft bearbeiten wird. Die Analyse soll in ein Memorandum einfließen. Sobald sich Konturen für die zukünftige Arbeit des PLÄDOYERs abzeichnen, soll eine Akademietagung stattfinden, die auch Vernetzungscharakter haben soll.

Für das Vorhaben ist der Zeitraum eines Jahres angesetzt.

Kontakt: c/o Werner Gebert, Banweg 14

72131 Ofterdingen

► Wittenberger Oekumenische Versammlung

„Vom wahren Schatz der Kirchen. Das Evangelium gemeinsam neu entdecken“ (1517/2017)

Während der Wittenberger Oekumenischen Versammlung 21. bis 28. August 2017 wollen namhafte ReferentInnen die reformatorische, theologische, ökumenische, ethische und praktische Tragweite von Martin Luthers Anstoß zur Erneuerung der Kirche an Haupt und Gliedern gemeinsam neu entdecken. Bibelgespräche, Workshops, Gottesdienste verschiedener Konfessionen und musikalische Open Air-Veranstaltungen werden das Evangelium in ökumenischer Gemeinschaft zur Sprache bringen, denn „500 Jahre Kirchenspaltung sind genug“. Es soll ein Fest der Begegnung mit Christen aus verschiedenen Kirchen, Initiativen, Kulturen und Ländern werden. Höhepunkt der Konferenz wird die gemeinschaftliche Feier der Lima-Liturgie am Sonntag, 27. August 2017, um 10 Uhr, in der Wittenberger Stadtkirche sein.

Zu den Kooperationspartnern der Versammlung zählen u.a. die ACK Sachsen-Anhalt, die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, die Evang. Michaelsbruderschaft, das Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes sowie die Una Sancta-Bewegung.

Anmeldungen werden erbeten an:

Brigitta und Dieter Trein, Borngasse 78

51469 Berg, Gladbach, Tel.: 022 02/95 13-10

sekretariat@ief-deutschland.com

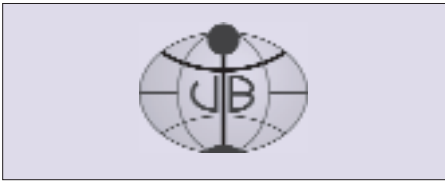
Kontakt: Pfarrer Dr. Hans-Georg Link

Heumarer Str. 7b, 51145 Köln

Tel./Fax: 022 03/91 68 53, hglink@web.de

Weitere Informationen: www.ief-Deutschland.com

► Versöhnungsbund



Ehemaliger Kindersoldat auf Vortragsreise berichtet aus dem Kongo

Zwölf Jahre alt war Junior Nzita, als er aus seiner Schule entführt und gezwungen wurde, Kindersoldat zu werden. Zehn schlimme Jahre folgten. Im Rahmen eines UNICEF-Programms wurde er im Jahr 2006 „demobilisiert“. Seitdem setzt er sich intensiv für die Demobilisierung von Kindersoldaten weltweit ein. In seinem Land, der Demokratischen Republik Kongo, hat Junior Nzita vor fünf Jahren die Organisation „Paix pour l'enfance“ gegründet, um Kriegswaisen zu helfen, in Frankreich hat er die Aktion „Kinder, keine Soldaten“ begleitet und für die UN ist er mittlerweile als ehrenamtlicher Botschafter zum Thema „Kindersoldaten“ unterwegs. Im Herbst wird sein Buch „Si ma vie d'enfant soldat pouvait être racontée“ auch auf Deutsch erhältlich sein.

Der deutsche Zweig des Versöhnungsbundes organisiert aus diesem Anlass in der zweiten Novemberhälfte eine Vortragsreise, bei der Junior Nzita an Schulen oder in Gemeinden von seinen Erfahrungen berichten wird. Sie ist Teil einer europaweiten Tour, die der Schweizer Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes initiiert hat und die auch nach England, Wales und in die Schweiz führt. Die Schweizer haben mit Junior Nzita eine Internetplattform ins Leben gerufen, die für die traumatischen Auswirkungen von Gewalt auf Menschen sensibilisieren und Möglichkeiten vorstellen will, traumatisierte Menschen zu begleiten – gerade im Umgang mit Flüchtlingen bei uns ein wichtiger Ansatz.

Wer die Gelegenheit nutzen und Junior Nzita in seine Stadt einladen möchte, kann sich gerne bei der Geschäftsstelle des Versöhnungsbundes melden.

Weitere Informationen:

<https://paixpourlenfance.wordpress.com>

<http://theartscoalition.org/>

Kontakt: Internationaler Versöhnungsbund

Deutscher Zweig e.V., Mirjam Mahler

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Tel.: 0571/85 08 75, Fax: 8 29 23 87

► Kairos Europa



„Wer sind die Subjekte der notwendigen ‚Großen Transformation‘?“

Für die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Krisen ist die Mittelschicht entscheidend. Die Initiative „Kairos Europa“ stellt sie deshalb auf einer mehrtägigen Veranstaltung in den Mittelpunkt. Mit der „zerrissenen Mitte“ (Mittelklasse) in Deutschland und Europa: Wohltätigkeit für die Armen oder Solidarität mit dem globalen Süden? befasst sich Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international. Der Generalsekretär der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, Christopher Ferguson, untersucht „Die Kirchen und die „zerrissene Mitte“ (Mittelklasse)“

Weitere Beiträge gelten Fragen „Wie reagieren muslimische Jugendliche auf die Systemkrise?“ mit Hamideh Mohagheghi. „Mythos und Realitäten von sozialen Bewegungen“ analysiert Prof. Dr. Peter Grottian. „Jungen Menschen im gesellschaftlichen und ökumenischen Engagement“ sind Berichte aus den „Kairos-Gemeinden“ und aus Indien gewidmet.

Die Kairos-Jahrestagung findet am Wochenende vom **6. bis 8. November 2015** im Oekumenischen Bildungszentrum in Mannheim statt. Der Tagungsbeitrag beträgt pro Person 20,- EUR (bar vor Ort), Verpflegung plus Unterbringung im Einzelzimmer: 105,- EUR im Doppelzimmer: 85,- EUR, Verpflegung ohne Hotelunterbringung: 20,- EUR.

Kontakt und Anmeldung: Kairos Europa e.V. im WeltHaus, Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg
Tel.: 0 62 21/4 33 36 22, info@kairoseuropa.de

► Oekumenischer Ratschlag

Kooperationen stärken

Zu Fragen einer neuen Wirtschaftsweise und der Schuldenkrise mit dem Beispiel Griechenland hat ein Oekumenischer Ratschlag in Stuttgart getagt.

Er fand am Rand des Deutschen Evangelischen Kirchentags durch Beauftragung der Oekumenischen Versammlung in Mainz 2014 statt. Gut vierzig Vertreter von Initiativen aus der ökumenischen Bewegung, den Gewerkschaften und der weiteren Zivilgesellschaft nahmen teil.

Die Teilnehmenden diskutierten mehrere

Grundlagenpapiere und verabschiedeten einen Brief an griechische Theologen in Thessaloniki als Antwort auf deren Schreiben an den Kirchentag.

Die Texte finden sich im Internet unter <http://oev2014.de/materialien/index.html>.

Die Initiativen wollen die Kooperationen fortsetzen. Dazu werden geeignete Austauschplattformen genutzt. Ebenso wird über die Einberufung einer neuen Oekumenischen Versammlung diskutiert.

Am Ende des Stuttgarter Kirchentags diskutierten außerdem in einer öffentlichen Veranstaltung ReferentInnen der Oekumenischen Versammlung über notwendige weitere Schritte.

Das Ergebnis der Oekumenischen Versammlung 2014, die Mainzer Botschaft, wird von einem eigenen Arbeitskreis „Umsetzung der Mainzer Botschaft“ weiter verbreitet. Dazu wurde ein neues Faltblatt vorgelegt (umsetzung-mb@oev2014.de).

Kontakt: Stiftung Oekumene, Lindenspürstr. 30
70176 Stuttgart, ecunet@t-online.de

► OeV AG „Mainzer Botschaft umsetzen“

Was heißt Befreiung – heute und perspektivisch?“

Anlässlich des DEKT 2015 in Stuttgart trafen sich am 06.06.2015 im „Zentrum Frieden“ ReferentInnen, die schon an der Oekumenischen Versammlung 2014 in Mainz mitgewirkt hatten, sowie am Thema Interessierte zur Diskussion über eine notwendige „Große Transformation“. Wie der Veranstaltungstitel ankündigte, sollte es um Befreiung gehen, die auf dem Weg einer solchen Transformation zu erreichen ist. Der Gedankenaustausch wurde von Peter Schönhöffer moderiert. Ulrich Duchrow, Theologe und Mitbegründer von Kairos Europa, gab zu Beginn seine Einschätzung zum Stand des Konzeptionsprozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung (GFS). Dieser hat auf der Vollversammlung des OeRK in Busan/Korea im Herbst 2013 einen neuen Anstoß bekommen. Auf Busan folgte die deutschsprachige Oekumenische Versammlung in Mainz Anfang Mai 2014 – mit der aus ihr hervorgegangenen „Mainzer Botschaft“ –, die somit als eine der ersten Stationen des in Busan ausgerufenen siebenjährigen Pilgerwegs für Gerechtigkeit und Frieden zu sehen ist. Duchrow stellte heraus, dass die Dokumente von Busan 2013 zusammen mit dem Rundschreiben „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus eine reife Frucht der ökumenischen Entwicklung sind, hinter die zurückzugehen schwerfallen wird. Kernaussage beider Positionen ist: „Diese Wirtschaft/Zivilisation tötet!“ Zu einer solchen Wirtschaftsweise sagen die Kirchen

jetzt umfassend nein. Ulrich Duchrow wies vor allem auf den skandalösen Zustand der Geldwirtschaft hin, die weitgehend von einer „heiligen Loyalität“ gegenüber dem Geld geprägt ist. Zur Ablösung dieser Art von Wirtschaft gibt es kurz- und mittelfristige Strategien:

- ▷ die kurzfristige Perspektive umfasst den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung, z. B. den Kampf gegen TTIP
- ▷ die mittelfristige Perspektive besteht darin, die Paradigmen Geld, Privateigentum und Arbeit strukturell, emotional und kulturell in Richtung eines Wirtschaftens für das Leben zu verändern.

Beat Dietschy, Geschäftsführer von „Brot für alle“ Schweiz, versuchte auszuloten, was die Voraussetzungen für eine Transformation sind. Er erinnerte an die in Busan allgemein zum Ausdruck gekommene Wertschätzung für Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Ubuntu, Sangsaeng und Buen Vivir als Ausdruck verwandelter Spiritualität. Sie sind Zeugnisse der Gnade, die die Menschen befähigt, einzusehen, wann sie genug haben. Was daher notwendig ist, ist eine Relativierung der europäischen Theologie, wobei „Verlernen sicher schwerer ist als Lernen“. Des Weiteren ist die Option für die Armen wichtig, die Dietschy klar als Verweigerung gegenüber den herrschenden Systemen interpretierte.

Mittlerweile sind die planetaren Grenzen der Belastbarkeit überschritten, „die Erde hat Fieber“. Gerade deshalb besteht die große Herausforderung in einer sozialen Grundversorgung innerhalb besagter Grenzen. Die notwendige Transformation muss dabei multipolar, pluralistisch und holistisch sein, „weg vom EGO zum ECO“ führen. Beat Dietschy bekräftigte seine Sicht abschließend mit einem Zitat von Vandana Shiva: „Nur so viel zu nehmen, wie man zum Leben braucht, ist die beste Form der Solidarität.“

Klaus Schilder, Referent für Entwicklungsfinanzierung bei Misereor, berichtete vom Klärungsprozess des Begriffs „Gemeinwohl“, den Misereor zur Zeit in fünf Ländern des globalen Südens vornimmt, jeweils im Vergleich zur Bedeutung von Gemeinwohl in Deutschland. Ausschlaggebend sind die Einbettung des Menschen in den Naturraum, die Rückführung der Wirtschaft auf ihre dienende Funktion und die Möglichkeit zur Partizipation durch demokratische Rechte. Verwirklicht wird das Gemeinwohl in Gemeinschaften und Zweckbündnissen, Grenzen verlaufen gegenüber der Marktfreiheit und mit Rücksicht auf die Notwendigkeit wirtschaftlichen Schrumpfens.

Meehyun Chung, Professorin an der Yonsei-Universität in Seoul, bezeichnete vorweg die in Deutschland mittlerweile glücklich geschlossene Wunde der politischen Teilung eines Landes, die in Korea weiterhin offenliegt, als ein Hoffnungszeichen. Transformation bedarf für Meehyun Chung einer

Grundlage, die sich in entwickelter Diversität, Vernetzung und Oralität äußert. Sie verwies dafür auf das Pfingstwunder als eines der ältesten Beispiele für diesen Ansatz. Pfingsten ist ein Sprachereignis! Aktuell wussten sie von einer Zunahme kapitalistischer Abhängigkeitsverhältnisse an koreanischen Universitäten zu berichten, denen sich allerdings auch ein wachsender Studierendenprotest entgegenstellt. Durch seine Manifestation in konkreten Schritten ist er ein Hoffnung machendes Solidaritäts- und Empathiephänomen!

Harald Bender von der Akademie Solidarische Ökonomie machte sich an die Klärung des Begriffs „Transformation“. Ganz wichtig: Sie ist nicht planbar, sondern darauf angelegt, ein Teil der Entwicklung zu werden. Transformation ist ein fortwährender Prozess der Befreiung von den negativ wirkenden Kräften. Sie kann ansetzen

- ▷ an einem veränderten Eigentumskonzept und dessen Verankerung in den Verfassungen als „Hebel“ – indem Geld nicht mehr privat geschöpft wird
- ▷ indem der Arbeit der Warencharakter genommen wird.

Es ist zu beobachten, dass die Bewusstseinsbildung für eine bedarfsgesteuerte Solidarische Marktwirtschaft weit fortgeschritten ist.

Studentenseelsorger Christoph Albrecht aus Basel vermisst weitgehend die Beteiligung der Jugend an der ökumenischen Diskussion der Großen Transformation. Umso begrüßenswerter ist, anknüpfend an Meehyun Chungs Erwähnung des Studierendenprotests, jede Bestätigung vorhandener Empathie und Bereitschaft junger Menschen zum Engagement – etwa für vegane Ernährung, gegen zu viel Flugverkehr, Googleisierung und Bolognareglement.

Die anschließende Diskussion unter den ca. 30 Teilnehmenden stieß sich mehrfach an der Rede vom „Hebel“, die den Kontext der Transformation zu geradlinig beschreibt. Die TeilnehmerInnen wünschten sich mehr von der Konkretisierung, wie sie sich im Studierendenprotest in Südkorea zeigt. Einen konkreten Umsetzungsvorschlag gab es zwar mit der von mehreren Seiten eingebrachten Anregung, eine gesetzliche Regelung des Kriegssteuerboykotts herbeizuführen, die den Boden für diese Idee dann weiterhin bereiten werde, doch wurde die zu starke Konzentration auf dieses Thema als Engführung empfunden.

Insgesamt war das Treffen der ÖeV 2014-ReferentInnen nach einem Jahr, eine konzentrierte und inspirierende Veranstaltung, und mit Sicherheit eine weitere „Arbeitsstation“ auf dem Pilgerweg von Busan.

Kontakt: Christof Grosse, Brettener Str. 41
75177 Pforzheim

► Verein für Friedensarbeit

Keine Militärkonzerte in Kirchen

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) kritisieren erneut die Konzerte von Musikformationen der Bundeswehr in Kirchen, die gerade in der Adventszeit verstärkt stattfinden. Die beiden evangelischen Friedensverbände fordern die Kirchengemeinden auf, ihre Räume nicht für entsprechende Konzerte zur Verfügung zu stellen. „Wir wenden uns dagegen, dass die Kirchen eine Plattform bieten für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr“, unterstreichen AGDF-Vorsitzender Horst Scheffler und EAK-Bundesvorsitzender Dr. Christoph Münchow.

Wenn die Bundeswehr Konzerte in Kirchen durchführe, werbe sie damit zugleich auch für ihr militärgestütztes Sicherheitskonzept, befürchten die beiden Friedensverbände. „Sie nutzt dabei die besondere Ausstrahlung und Prägung des Kirchenraumes für ihre Öffentlichkeitsarbeit und bedient sich des positiven Ansehens der Kirche in weiten Teilen der Bevölkerung“, kritisiert Münchow. Auch vermuten AGDF und EAK in solchen Konzerten darin eine Möglichkeit der Nachwuchsgewinnung für die Bundeswehr angesichts der zunehmend problematischen Personalsituation bei den Streitkräften.

AGDF und EAK regen darüber hinaus an, in den Kirchengemeinden, wo bereits solche Militärkonzerte stattgefunden haben, einen Diskussionsprozess über die Rolle des Militärs in der deutschen Politik und über das Verhältnis von Kirche und Militär zu führen sowie zur Frage, in welcher Weise die vorrangige Option für zivile, nicht militärische Konfliktlösungen in Kirchengemeinde und der Öffentlichkeit bekanntgemacht und diskutiert wird. „Wir brauchen eine kritische Auseinandersetzung aufgrund unterschiedlicher Sicherheitskonzepte“, betont Horst Scheffler. Und in der Friedensdenkschrift habe sich die Evangelische Kirche in Deutschland vorrangig für gewaltfreie Konfliktbearbeitung ausgesprochen.

Kontakt: Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD
Endenicher Str. 41, 53115 Bonn
Tel.: 0228/24999-0, Fax: 24999-20
www.evangelische-friedensarbeit.de

► Zentrum Frieden

Kirchentag künftig nicht ohne offizielles Zentrum Frieden

Als Kirchentagspräsident Andreas Barner im Frühjahr 2015 das Programm des Deutschen Evangelischen Kirchentags (DEKT) in Stutt-

gart vorstellte, betonte er: Dieser Kirchentag ist ein Friedenskirchentag und begründete, „wir steuern zu auf einen Kirchentag in Zeiten, die so brutal, so kriegerisch sind, wie schon lange nicht mehr.“

Ein Jahr zuvor allerdings war ein Zentrum Frieden bei der Planung des Kirchentages abgelehnt worden. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer und Friedensarbeit (EAK) und die Aktionsgemeinschaft Dienst für Frieden (AGDF), ergriffen daher die Initiative für ein eigenständiges Friedenszentrum zum Stuttgarter Kirchentag.

Erfreulich war die Zusammenarbeit von annähernd 40 Friedensgruppen, die über 60 Veranstaltungen und Ausstellungen für Anfang Juni in Stuttgart auf die Beine brachten. Die Räumlichkeiten lagen etwas abseits der Ströme der KirchentagsbesucherInnen. Leider lehnte es die Kirchentagsleitung konsequent ab, auf das Zentrum Frieden aufmerksam zu machen – nicht mal ein Link war auf der DEKT-Webseite zu finden.

Das Themenspektrum umfasste Friedensbeiträge von Religionen, Drohneneinsätze, die seitens der USA von Stuttgart aus gesteuert werden, Waffenhandel, Atomwaffen und der Russland-Ukraine-Nato Konflikt. Ein Highlight war die Veranstaltung zur Frage nach Möglichkeiten der Kriegssteuerungsverweigerung (Karen Hinrichs, Oberkirchenrätin. Diskutiert wurde, wie Pazifismus zum kirchlichen Auftrag wird (Renke Brahms, Friedensbeauftragter der EKD)

Gut besucht waren die Veranstaltungen zur interreligiösen Zusammenarbeit, die sich in einem gemeinsamen Friedensgebet von acht Weltreligionen ausdrückte.

Zum Abschluss des Kirchentages beteiligten sich 1500 Menschen, vom Zentrum Frieden ausgehend, an einer Menschenkette quer durch die Stuttgarter Innenstadt, um unter dem Motto „Krieg beginnt in Stuttgart – AFRICOM und EUCOM schließen!“ gegen menschenrechtswidrige Drohnentodes-Einsätze zu protestieren. Dabei war auch der Friedensbeauftragte der EKD, Renke Brahms. Am Abend versammelten sich eben so viele Menschen zu der pazifistisch ausgerichteten Konzert-Lesung von Margot Käßmann und Konstantin Wecker.

Die badische Oberkirchenrätin Karen Hinrichs nannte es einen „Skandal, dass es beim offiziellen Programm des Kirchentages unter den Themenzentren kein Zentrum Frieden gab. Eine Kritik, die von vielen Seiten an den DEKT heran getragen wurde – und die hoffentlich in den Planungen für den Kirchentag 2017 in Berlin und Wittenberg ihren Niederschlag finden wird. Im Herbst werden der EKD-Friedensbeauftragten Renke Brahms, die EAK, die AGDF und das DEKT -Präsidium zum Gespräch zusammen kommen

Kontakt:

Oliver Stehn, AGDF, Eendenicher Str. 41, 53115 Bonn

► Erlassjahr



Die internationale Welt der Schulden Kein Staateninsolvenzverfahren bis September

Mit dem dritten und letzten Treffen des Ad-hoc-Komitees ist Ende Juli der Prozess in den Vereinten Nationen zur Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens zu Ende gegangen. Verabschiedet wurden sogenannte Prinzipien für die Restrukturierung von Staatsschulden. Diese sind zwar durchaus sinnvoll, vom ambitionierten Ziel der Entwicklungs- und Schwellenländer in der UNO, die den Prozess initiiert hatten, jedoch weit entfernt. Einige reiche Länder haben die Schaffung eines dringend benötigten Staateninsolvenzverfahrens verhindert.

UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung ignoriert die Gefahr neuer Schuldenkrisen

Auf der 3. UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die Mitte Juli in Addis Abeba stattfand, ging es um die Finanzierung der neuen Entwicklungsagenda. Dabei wurde versäumt, angemessene Vereinbarungen für einen besseren Umgang mit verschuldeten Staaten zu treffen. Bereits jetzt haben 83 Entwicklungs- und Schwellenländer ein Überschuldungsproblem, in vielen Ländern drohen neue Schuldenkrisen. Der gesamte Schuldendienst dieser Länder betrug im Jahr 2013 rund 680 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Die jährlichen Mittel aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit an diese Länder belaufen sich auf 137 Milliarden US-Dollar. Glaubhafte Entwicklungsziele können nur verabschiedet werden, wenn der Abfluss finanzieller Ressourcen auf ein tragfähiges Maß reduziert wird.

Kontakt: Erlassjahr, Postfach 320520, 40420 Düsseldorf

► Pax Christi

Kirchen sollen sich bei Bundeswehr- „Weißbuch“ einmischen

Die katholische Friedensbewegung pax christi und die evangelische Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) haben die deutschen Bischöfe und Kirchenleitungen aufgefordert, im Zusammenhang mit der Erarbeitung des neuen Weißbuches der Bundeswehr deutlich zu machen, dass die Sicherung wirtschaftlicher und machtpoliti-

scher, geostrategischer Interessen keine Zielvorgabe für militärisches Planen und Handeln sein kann. Stattdessen sollten sich die christlichen Kirchen gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Interessen der Armen und Elenden in den Blickpunkt deutscher Außen- und Sicherheitspolitik genommen werden, betonen die pax christi-Bundesvorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler, und der AGDF-Vorsitzende Horst Scheffler in ihrem gemeinsamen Schreiben an den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, den Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, sowie alle weiteren Vorsitzenden der Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland.

Die beiden christlichen Friedensverbände kritisieren, dass in den Militärdoktrinen hochgerüsteter Staaten durchgehend Zielvorgaben Eingang gefunden hätten, die auf eine Sicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen abzielen würden, wofür es allerdings weder eine verfassungsrechtliche noch eine völkerrechtliche Grundlage gebe. Durch eine solche Doktrin würde das ökonomische Ungleichgewicht auf der Erde aufrecht erhalten werden, ebenso die Abwehr der Armen an den Mauern reicher Länder, eine militärische Absicherung der Exportwirtschaft und eine Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung zu Ungunsten der schwächeren Nationen.

„Solche Zielvorgaben in Militärdoktrinen widersprechen fundamental der christlichen Friedensethik“, stellen dazu pax christi und AGDF fest. Und sie betonen: „Wir sehen nicht, wie sie für ein christlich inspiriertes Gewissen in Einklang zu bringen sein könnten mit dem christlichen Glauben.“ pax christi und AGDF erinnern dabei an die Oekumenische Erklärung von rund 2000 ChristInnen von 2006 gegen Rohstoffkriege: „Treue zum Evangelium und Bekenntnis zum Gott des Friedens“.

Wenn im laufenden Weißbuch-Prozess wiederholt die Frage gestellt werde, was aus internationaler Perspektive von Deutschland erwartet werde, müssten hier auch die beiden großen Kirchen in Deutschland ihre Stimme erheben. So fordern die beiden christlichen Friedensverbände die Leitungen der evangelischen und der katholischen Kirche auf, sich in diesen Diskussionsprozess des Bundesverteidigungsministeriums für die Erstellung des Weißbuchs aktiv einzubringen.

„Nach zwei Weltkriegen wissen Christen und Kirchen, dass Krieg ein Verbrechen, also kein Mittel der Politik ist und ein Scheitern von Politik bedeutet. Jetzt ist den Kirchenleitungen die Chance gegeben, sich mit Klartext zu Fragen der Militärdoktrin zu Wort zu melden und hierbei den Konsens der gesamten christlichen Oekumene allen Beteiligten vor Augen zu halten“, betonen pax christi und AGDF.

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burghann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche

Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozess

Hermann de Boer
Am Kirchhofe 4a
D-30952 Ronnenburg

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Pfr. Dieter Endemann
Domstr. 62, D-50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@arcor.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 176 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45



Anzeige



Das Buch zum Stand der Diskussion über
Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung in ökumenischen Initiativen
und Kirchen

224 S., 24,90 EUR

ISBN 978-3-643-12869-0

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthenner
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthenner, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit
freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in
Deutschland